

Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen

### **Sitzungsniederschrift**

Der Bau- und Vergabeausschuss führte seine 46. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 25.11.2009, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Puschkinstraße 3, Städtisches Kulturhaus, Konferenzraum, von 18:00 Uhr bis 21:30 Uhr, durch.

#### **Teilnehmerliste**

##### **stimmberechtigt:**

###### Vorsitz

Armin Schenk

###### Mitglied

Bernd Kosmehl  
Dieter Krillwitz  
Dietmar Mengel  
Mike Müller  
Dr. Horst Sendner  
Jens Tetzlaff

In Vertretung für Herrn Hamerla

###### Mitarbeiter der Verwaltung

Peter Arning  
Gudrun Becker  
Sirko Gärtner  
Marcus Herget  
Stefan Hermann  
Katrin Kuhnt  
Frank Przybylski  
Markus Rönnike  
Mario Schulze

###### Gäste

Joachim Schunke  
Dieter Ullmann

##### **abwesend:**

###### Mitglied

Klaus Hamerla

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 25.11.2009, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.  
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

**Bestätigte Tagesordnung:**

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 04. November 2009	
4	Stand Abarbeitung Haushalt 2009 BE: Herr Arning, FBL Bauwesen	
5	Stand der Variantenbetrachtung für die Kindertagesstätte "Bussi Bär" BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen	
6	Beratung und Empfehlung zum Investitionsplan 2010 BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen	
7	Sanierungsgebiet "Stadtkern Bitterfeld" - Sanierungsziele BE: Herr Herget, SB Stadtplanung	<b>Beschlussantrag 327-2009</b>
8	Information zur Stellungnahme der Verwaltung im Rahmen der Beteiligung zur landesplanerischen Abstimmung zum Vorhaben "Bahnstromleitung" BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen	
9	Informationen aus der letzten Baugesuchsrunde BE: Herr Arning, FBL Bauwesen	
10	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
11	Schließung des öffentlichen Teils	

<b>zu 1</b>	<b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</b>	
	Der <b>Vorsitzende</b> des Bau- und Vergabeausschusses, <b>Herr Schenk</b> , eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.	
<b>zu 2</b>	<b>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</b>	
	<p><b>Herr Herrmann</b>, bittet jedoch darum bei den Tagesordnungspunkten 4 und 9 Herrn Arning als Berichterstatter einzusetzen.</p> <p>Der <b>Ausschussvorsitzende</b> lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.</p> <p>Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	Ja 7 Nein 0 Enth 0
<b>zu 3</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 04. November 2009</b>	
	<p><b>Herr Hermann</b>, hat eine Anmerkung zur Niederschrift auf der Seite 13 zum Top 10. Stadtrat Mengel hatte im letzten Bau- und Vergabeausschuss eine Frage zur ehemaligen "Quelle" gestellt. Er sagt, dass der Bauherr im ersten Bauantrag den Vorschlag gemacht hat, das Hauptgebäude auf eine Etage zurückzubauen. Diesen Antrag hat er jedoch selbst zurückgezogen und einen zweiten Antrag gestellt. In diesem wurde auch vom gesamten Bestand des Gebäudes ausgegangen – der Antrag wurde genehmigt.</p> <p><b>Herr Schenk</b> bittet nun um Abstimmung über die Niederschrift.</p> <p>Die Niederschrift wird ohne Änderungen genehmigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	Ja 6 Nein 0 Enth 1
<b>zu 4</b>	<b>Stand Abarbeitung Haushalt 2009</b> <b>BE: Herr Arning, FBL Bauwesen</b>	
	<p><b>Herr Arning</b> gibt einen kurzen Einblick zum "Stand Abarbeitung Haushalt 2009". Er merkt an, dass die in Aussicht gestellten Fördermittel noch nicht bzw. erst vor kurzem bewilligt wurden, sodass einige Maßnahmen einen relativ geringen Abarbeitungsstand vorweisen. Man befinde sich daher bei einigen Maßnahmen erst in der Anfangsphase.</p> <p>Zu der vorliegenden Liste gibt es keine weiteren Wortmeldungen.</p>	
<b>zu 5</b>	<b>Stand der Variantenbetrachtung für die Kindertagesstätte "Bussi Bär"</b> <b>BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen</b>	
	<b>Herr Hermann</b> reicht eine Übersicht der bisher diskutierten und möglichen "Varianten für den Ersatzneubau einer Kindertagesstätte sowie die Sanierung der KITA Bussi Bär im OT Bitterfeld" aus und geht nun näher auf die einzelnen Varianten ein. Dabei erwähnt er, dass unter Einbeziehung der "Sachsen-	

Anhaltinischen Landesentwicklungsgesellschaft" (Treuhänder des Sanierungsgebietes) und des Landesverwaltungsamtes die mögliche Förderung der Sanierung bzw. des Teilersatzneubaus am Standort Parkstraße abgeklärt ist. Hierzu gab es am 16.11.2009 einen Termin im Landesverwaltungsamt. Daraufhin hat sich der zuständige Bearbeiter noch einmal mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt. Am 24.11.2009 hat Herr Hermann die entsprechend korrigierte bzw. bestätigte Gesprächsnotiz erhalten. Er verliest hiervon Folgendes: "Aufgrund der örtlichen Lage in einem konsolidierten Gebiet nach Stadtentwicklungskonzept kommt für "Bussi Bär" keine Förderung aus Stadtumbaumitteln in Frage. Solange im Sanierungsgebiet ausreichende Kapazitäten für Familien aus dem Sanierungsgebiet bestehen oder gar Neubaugrundstücke geplant sind, wird keine Städtebauförderung für Einrichtungen außerhalb des Gebietes genehmigungsfähig sein."

Derzeit wird aber noch geprüft, inwiefern für die Plätze, die von Kindern aus dem Sanierungsgebiet in der Einrichtung belegt sind, eine anteilige Förderung möglich ist. Dies betrifft 16 von den 94 Plätzen. Die Förderung von den Gesamtkosten könnte demnach 17 % betragen, d. h. 2/3 als Förderung durch das Land und 1/3 als Eigenanteil der Stadt. Hierzu bedarf es jedoch noch der Bestätigung durch das Land.

Zur Variante 11 "Sanierung Bussi Bär durch privaten Investor" teilt er mit, dass sich zwei private Interessenten gemeldet haben, welche die Sanierung auf privater Basis durchführen möchten.

Es wird nun die Stellungnahme des GBL Haupt- und Sozialverwaltung, Herrn Teichmann, zum eingereichten Beschlussantrag von Herrn Herder zur Kita "Bussi Bär" verteilt.

**Herr Schenk** schlägt vor, nachdem die von den Ausschussmitgliedern gestellten Fragen zu den Ausführungen von Herrn Hermann oder den vorliegenden Unterlagen beantwortet sind, eine Pause einzulegen. In dieser Pause kann das Elternkuratorium seinen Standpunkt darstellen. Danach könnte der BVA zu einer Empfehlung kommen.

Mit dieser Verfahrensweise sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

**Stadtrat Krillwitz** fragt, ob die Kosten für die Stellungnahme zu den Bauwerksschäden am Gebäude der Kita "Bussi Bär" in den Varianten enthalten sind.

Weiter möchte er wissen, ob sich durch den privaten Investor die Konditionen für die Stadt in Bezug auf die Einrichtung ändern?

**Herr Hermann** antwortet, dass hier natürlich erhöhte Gründungsaufwendungen auftreten werden. Er sagt, dass die Gründungsaufwendungen bei einem Ersatzstandort rund 90 T€ betragen; die Gründungsaufwendungen bei der Sanierung hingegen belaufen sich auf ca. 210 T€

Die Verträge mit der Stadt werden neu geschlossen, jedoch bleiben die durch die Stadt erhobenen Beiträge gleich.

Der **Ausschussvorsitzende** unterbricht die Sitzung von 18:30 bis 18:40 Uhr.

**Herr Mengel** äußert, dass der Beschluss zum Neubau bestehen bleiben sollte, den Baubeginn hierfür hält er aber für variabel.

Er hinterfragt, ob die Kosten für den Abriss beim Grundstückspreis beachtet wurden, d. h. bei der Bodenrichtwertzahl.

Auch ist er der Meinung, dass die privaten Investoren kritisch zu betrachten sind.

	<p><b>Herr Schenk</b> schätzt den Standort der Kita "Bussi Bär" für eine der besten städtebaulichen Lagen für einen Kindergarten ein. Er spricht sich für die Sanierung an diesem Standort aus. Aus der Variantenübersicht kristallisieren sich die Sanierung der Kita vor Ort und der Ersatzneubau heraus. Herr Schenk steht einer heutigen Empfehlung des Ausschusses positiv gegenüber und bittet um Äußerung der einzelnen Mitglieder.</p> <p><b>Ausschussmitglied Tetzlaff</b> sagt, dass eine langfristige Lösung das Ziel sein sollte.</p> <p><b>Herr Kosmehl</b> weist noch einmal auf die Haushaltslage hin. Er ist für die Prüfung der Finanzierung durch die privaten Investoren und würde die Besichtigung der Kita befürworten.</p> <p><b>Herr Schenk</b> informiert, dass vor der nächsten Ausschusssitzung am 09.12.2009 eine Besichtigung der Kita "Bussi Bär" angedacht ist. Der Ausschussvorsitzende bittet in diesem Sachverhalt die vertragliche Situation und die politische Dimension zu beachten.</p> <p><b>Herr Müller</b> spricht sich für eine schnellstmögliche Sanierung und Inanspruchnahme der privaten Investoren aus. Vorab bittet er jedoch um intensive Prüfung dieser Möglichkeit der privaten Investition.</p> <p><b>Ausschussmitglied Krillwitz</b> schließt sich den Aussagen seiner Vorredner an. Bei der Prüfung des privaten Investors sollten die derzeitigen Konditionen, aus finanzieller und wirtschaftlicher Sicht, als Mindestmaß erhalten bleiben. Es sollte eine insgesamt Ausgewogenheit herrschen.</p> <p><b>Herr Dr. Sendner</b> ist auch der Meinung, dass die Möglichkeit des privaten Investors verfolgt werden sollte.</p> <p>Für <b>Herrn Mengel</b> steht die Sanierung der Kita im Vordergrund.</p> <p>Der <b>Ausschussvorsitzende</b> fasst zusammen, dass die Variante der Sanierung der Kita "Bussi Bär" von den Ausschussmitgliedern mehrheitlich unterstützt wird. Die private Finanzierung ist im Hinblick auf die Konditionen bzw. vertraglichen Möglichkeiten fraglich. Eine Vorstellung des Prüfungsergebnisses soll in der Sitzung am 09.12.2009 erfolgen.</p> <p><b>Herr Mengel</b> betont, dass bei der Prüfung die Grundstücksangelegenheit besonders beachtet werden muss.</p>	
<b>zu 6</b>	<b>Beratung und Empfehlung zum Investitionsplan 2010</b> <b>BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen</b>	
	<p><b>Herr Hermann</b> erläutert die vorliegenden Unterlagen. Er erwähnt, dass es eine Zusammenkunft im GB II Finanzwesen gab. In dieser Beratung wurde mitgeteilt, dass aufgrund der desolaten Haushaltssituation im nächsten Jahr maximal mit der Größenordnung von 1,7 Mio. € für Eigenmittel gerechnet werden kann, die das Land als Investitionshilfe im Rahmen des FAG zur Verfügung stellt.</p> <p>Er erklärt, dass vor der Erstellung der Listen die Maßnahmen prioritär untergliedert wurden. Es kam zur Untergliederung in 6 Prioritäten (P0 bis P5), welche wie folgt lauten:</p>	

*Priorität 0:* Fortführungsmaßnahmen, deren finanzielle Sicherstellung über die Haushaltsermächtigungen aus den vergangenen Jahren hinausgehen und zu 100 % gefördert sind

*Priorität 1:* komplex geförderte Maßnahmen, wie die Stadtumbauprogramme und die Stadtkernsanierungsprogramme

*Priorität 2:* geförderte (einzelne) Maßnahmen, für die ein Fördermittelbescheid vorliegt

*Priorität 3:* sonstige Maßnahmen mit Fördermitteln, die zwar beantragt wurden, aber noch keine Fördermittelbescheide vorliegen

*Priorität 4:* pflichtige Investitionen ohne Fördermittel

*Priorität 5:* freiwillige Investitionen ohne Fördermittel

In der Diskussion hat sich herausgestellt, dass die zur Verfügung stehenden Eigenmittel nicht einmal zur Gegenfinanzierung der Maßnahmen aus den ersten beiden Prioritäten ausreichen. Daraufhin ergab sich die vorliegende Liste, wobei er nun auf die grau unterlegten Maßnahmen eingeht. Aus Sicht der Verwaltung sollte man auf die grau unterlegten Maßnahmen verzichten bzw. sollte sie verschieben, da die Ausfinanzierungen nicht gewährleistet werden können. Er berichtet, dass Herr Hülßner in der Dienstberatung am 24.11.2009 darauf hingewiesen hat, dass sich die Prognosen nicht verändert haben. D. h., es wird weiterhin mit einem Defizit i. H. v. ca. 30 Mio. € gerechnet. Hinzukommen könnten zusätzliche Mindereinnahmen von 7 Mio. € (wenn sich die derzeit diskutierte Variante des FAG durchsetzt) und eine erhöhte Kreisumlage von 5 Mio. € zu verzeichnen sein wird.

**Herr Schenk** drückt seine Bedenken im Hinblick auf die Summe der Eigenmittel aus, welche von den Grundstücksverkäufen abhängig ist. Er sagt, wenn keine Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen erzielt und alle Maßnahmen, welche im Augenblick nicht durch Fördermittel komplementär finanziert sind, gestrichen werden würden, ergibt sich eine Finanzierungssumme von 1.578 T€ Diese Summe liegt ca. 400 T€ über den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln. Dieses Risiko wäre er bereit zu tragen, da bspw. eine Finanzierung über einen Kassenkredit möglich wäre. Eine Finanzierung von 1,3 Mio. € hält er hingegen für fraglich. Der Ausschussvorsitzende schlägt nun vor, alle Maßnahmen, welche nicht durch Fördermittel komplementär finanziert werden, zu kennzeichnen und erst bei erfolgten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen umzusetzen.

**Ausschussmitglied Müller** fragt, wo die Dorferneuerungsprogramme in der Übersicht zu finden sind.

Hierzu erklärt **Herr Hermann**, dass die Dorferneuerungsprogramme nicht mit aufgeführt sind, da private Investitionen nicht im Haushalt enthalten sind und für die kommunalen Programme keine Mittel zur Verfügung stehen. Es gibt auch schon bestätigte Dorferneuerungsprogramme, aber keine Förderbescheide für Einzelmaßnahmen.

**Herr Müller** ist der Meinung, dass man sämtliche Maßnahmen, welche ohne Fördermittel finanziert werden, gestrichen und dafür die

Dorferneuerungsprogramme aufgenommen werden sollten.

**Herr Hermann** teilt mit, dass in dieser Liste keine Fördermaßnahmen enthalten sind, die zwar beantragt worden, aber noch kein Förderbescheid vorliegt. Auch gibt es Maßnahmen, welche nicht mehr in der Übersicht berücksichtigt sind, wo zwar Förderbescheide vorhanden sind, aber diese nicht mehr ausfinanziert werden können.

Er informiert, dass der Redaktionsschluss für die Zuarbeiten zum Haushalt auf Januar 2010 festgesetzt ist.

Auch äußert Herr Hermann, dass seitens des Landes die Aussage gemacht wurde, dass die Ausfinanzierung der vom Bund zur Verfügung stehenden Mittel für Stadtumbau von 2010 bis 2016 zu 100 % erfolgen sollen. D. h., dass alle anderen Förderprogramme im Schnitt auf 70 % Ausfinanzierung reduziert werden müssen.

**Ausschussmitglied Mengel** schlägt vor, den Punkt 4 auf der Liste grau zu unterlegen und dafür die Kita "Bussi Bär" aufzunehmen. Grund hierfür ist, dass der Ersatzneubau zeitlich nicht drängt.

**Herr Hermann** antwortet, dass hier die Fördermittelzusage steht und die Fördermittel in zwei Jahresscheiben (2010/2011) ausgereicht werden. Wenn die Stadt diese Finanzierung nun nicht in den Haushalt einstellt, beginnt die Diskussion neu.

**Herr Dr. Sendner** spricht die schlechten Straßenverhältnisse in Steinfurth-West an.

Er erwähnt, dass er mit Herrn Krillwitz am 24.11.2009 die Jörichauer Straße besichtigt hat und sie feststellen mussten, dass der Zustand katastrophal, unzumutbar und gefährdend ist. Im Dezember 2009, spätestens im Januar 2010 liegt die Leistungsphase 4 vor. Planungsseitig könnte demnach gebaut werden. Die entsprechenden Abstimmungen mit dem AZV sind erfolgt; das Wasser der Jörichauer Straße könnte vorübergehend in den Kanal der Hitschkendorfer Straße einfließen. Der AZV ist derzeit auch dabei, diese Straßen zu beplanen. Laut dem SB Tiefbau betragen die reinen Baukosten ca. 350 bis 400 T€ Er gibt weiter zu bedenken, dass eine weitere Beplanung der Hitschkendorfer Straße und des Triftweges vorgenommen werden sollte, sodass er von 480 T€ausgeht. Davon sind ca. 200 T€Eigenmittel.

Er führt rechnerisch an, dass sich bei FAG-Mitteln von 1,7 Mio. €abzüglich 1,2 Mio. €an Eigenmitteln bei den investiven Maßnahmen und rund 430 T€aus investiven Anschaffungen, eine Restsumme von knapp 68 T€ergibt. Wenn man von den 200 T€Eigenmitteln die 68 T€abzieht, werden noch 132 T€benötigt. Wenn die geplanten Mittel für die "Sanierung Sportplatz E.-Weinert Schule" von zwei auf drei Jahresscheiben ausgedehnt würden, hätte man hier noch 100 T€für Maßnahmen zur Verfügung, welche der Jörichauer Straße zugute kommen. Danach werden noch 32 T€benötigt, wobei Herr Krillwitz zugesichert hat, die fehlenden Mittel aus anderen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Er bittet dies ernsthaft zu prüfen und bittet um ein diesbezügliches Votum des Ausschusses.

**Herr Hermann** teilt zum Gegenfinanzierungsvorschlag mit, dass die "Sanierung Sportplatz E.-Weinert Schule" nicht gestreckt werden kann, da es sich hier um einen Überhang aus dem Jahr 2009 und um eine K2-Maßnahme handelt. Der Ansatz entspricht hier den Eigenmitteln, da die Fördermittel bereits in diesem Jahr vereinnahmt wurden.

**Ausschussmitglied Krillwitz** ist für die Aufnahme der Jörichauer Straße in die Investitionsliste. Für diese Maßnahme würde er die Eigenmittel für die "Weiterführung der Sanierung Fuhneue" um 25 T€ reduzieren und diese hierfür zur Verfügung stellen, da die Entschlammung des Gondelteiches nach dem Einholen von Kostenangeboten 25 T€ weniger kosten wird. Er bittet zu beachten, dass alle begonnen Maßnahmen auch ordnungsgemäß zu Ende gebracht werden sollten.

**Herr Schenk** weist nochmals darauf hin, dass die Finanzierung von Maßnahmen erst dann möglich ist, wenn Einnahmen aus Grundstückverkäufen erzielt wurden. Er bietet Herrn Dr. Sendner an, sich bezüglich des Straßenbaus in der Jörichauer Straße an die Verwaltung zu wenden und tätig zu werden, d. h. bspw. diesen über die Bürger zu finanzieren, wenn dies fachlich möglich ist. Der Ausschussvorsitzende sagt, dass nach seiner Auffassung erst die Maßnahmen, welche über Fördermittel finanziert werden, Priorität haben. Danach sollten vertragliche Verpflichtungen der Stadt und erst dann politische Verpflichtungen erfüllt werden.

**Herr Hermann** fragt, ob der Ausschuss befürwortet, dass die grau unterlegten Maßnahmen gestrichen bzw. verschoben werden.

**Herr Ullmann** drückt sein Unverständnis darüber aus, wie der Ausschuss über diese Liste entscheiden kann. Fraglich für ihn ist, wer die Rang- und Reihenfolge festgelegt hat und warum hier keine Fortschreibungen der Maßnahmen aufgeführt sind. Diese hält er aber für eine Grundvoraussetzung. Herr Ullmann beantragt, dass es eine Diskussion über die Fortschreibung der Maßnahmen gibt. Er weist hierbei auf die Dringlichkeit aufgrund der Frist der Zuarbeit zum Haushalt hin. Der Ortsbürgermeister möchte alle Vorhaben aufgelistet haben.

**Ausschussmitglied Dr. Sendner** äußert, dass wenn eine Straße gebaut wird, die Förderung 60 % beträgt, und zwar durch die Anliegerbeiträge. Er weist darauf hin, dass der Unterschied der Straßenverhältnisse in den verschiedenen Ortsteilen der Stadt enorm ist.

Der **Ausschussvorsitzende** hinterfragt, wie mit den grau unterlegten Maßnahmen umgegangen werden soll.

Für **Herrn Mengel** sind die zu streichenden Mittel, z. B. bei der "Sanierung GS Anhalt", nicht ersichtlich.

**Herr Schenk** schlägt vor, die Beratung in der nächsten Sitzung vorzunehmen und bis dahin eine neue Übersicht zu erstellen. In dieser Übersicht sollte bei den einzelnen Maßnahmen ersichtlich sein, wie hoch die vorhandenen Fördermittel sind, auf welchen Finanzbetrag reduziert werden soll und wie die weitere Planung in den Jahren 2011, 2012 und 2013 aussieht. Auch sollen die Dorferneuerungsprogramme aufgenommen und die Aufnahme der Jörichauer Straße geprüft werden.

**Herr Hermann** erklärt noch einmal, dass die Gegenfinanzierung der Jörichauer Straße nicht aus Mitteln für die "E.-Weinert Schule" erfolgen kann. Er schlägt jedoch vor abzutprüfen, ob die Finanzierung über zwei Jahresscheiben, d. h. 2010 und 2011, möglich ist.

	<p>Der <b>Ausschussvorsitzende</b> bittet hier um das Votum des Ausschusses, ob die Straßenbaumaßnahme Jörichauer Straße in Steinfurth befürwortet wird.</p> <p>Ja: 5 Nein: 1 Enthaltungen: 1</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Ausschuss empfiehlt, die Straßenbaumaßnahme in der Jörichauer Straße (Steinfurth) in die Planung aufzunehmen.</p>	
<b>zu 7</b>	<p><b>Sanierungsgebiet "Stadtkern Bitterfeld" - Sanierungsziele</b> <b>BE: Herr Herget, SB Stadtplanung</b></p>	<b>Beschlussantrag 327-2009</b>
	<p><b>Herr Herget</b> gibt einen Einblick in das Konzept "Stadtkern Bitterfeld" – Sanierungsziele.</p> <p>Da es keine Wortmeldungen zu diesem Thema gibt, verliert der <b>Ausschussvorsitzende</b> den Antragsinhalt und lässt über diesen abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	Ja 7 Nein 0 Enth 0
<b>zu 8</b>	<p><b>Information zur Stellungnahme der Verwaltung im Rahmen der Beteiligung zur landesplanerischen Abstimmung zum Vorhaben "Bahnstromleitung"</b> <b>BE: Herr Hermann, GBL Stadtentwicklung und Bauwesen</b></p>	
	<p><b>Herr Hermann</b> berichtet, dass derzeit die Vorabstimmungen zur Antragskonferenz am 30.11.2009 laufen. Hier wird geklärt, inwiefern dieses Vorhaben aufgrund einer landesplanerischen Stellungnahme die Genehmigung erteilt werden kann oder inwiefern letztendlich ein Planfeststellungsverfahren eröffnet werden muss. Die Stellungnahme der Stadt Bitterfeld-Wolfen und der Gemeinde Friedersdorf wird so aussehen, dass keine Einwände gegen das Vorhaben vorliegen, aber Hinweise gegeben werden.</p> <p>Hinweis wird sein, dass die Neueingriffe in die Natur und Landschaft so gering wie möglich zu halten sind, dass die alte Trasse komplett zurückgebaut wird (sofern es keine Interessenten für touristische oder sonstige Nutzungen gibt) und als Ausgleichsfläche genutzt werden kann. Die Vorzugsvariante ist im Vorfeld gemeinsam mit der Bahn und der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises abgestimmt.</p> <p>Herr Hermann hat am 25.11.2009 mit der "DB – Energie" gesprochen, wonach die Planungsphase vorbereitet wird. Im Februar 2010 könnte die landesplanerische Stellungnahme vorliegen. Danach kann die Planung seitens der "DB – Energie" im Juli beendet sein und ab Ende 2010/Anfang 2011 der Baubeginn. Somit wäre die Umsetzung der Maßnahme bis zum Jahr 2013 realistisch.</p>	
<b>zu 9</b>	<p><b>Informationen aus der letzten Baugesuchsrunde</b> <b>BE: Herr Arning, FBL Bauwesen</b></p>	
	<p><b>Herr Arning</b> berichtet über die Baugesuchsrunde.</p> <p>Das erste Vorhaben befindet sich im Ortsteil Wolfen, dort soll im Obergeschoss der Bahnhofstraße 5 eine Tagespflege für Senioren errichtet werden. - zugestimmt</p> <p>Das nächste Vorhaben ist die Änderung einer Werbeanlage am Krondorfer Kreisel, wobei lediglich Werbepylonen und eine Fahnenanlage geändert werden. - zugestimmt</p>	

<p>Des Weiteren wurde in der Damaschkestraße im OT Wolfen die Umnutzung von Abstellräumen und Räumen im Dachgeschoss beantragt. - zugestimmt Beantragt wurde auch die Erweiterung einer Garage zwischen zwei Gebäudeteilen (Richtung "Sommerküche"). - zugestimmt Die Kreiswerke Anhalt haben am ehemaligen Standort der Bitterfelder Entsorgungs GmbH den Bau eines Massivgebäudes als Räumlichkeit für den Wachschatz beantragt. – zugestimmt Das nächste Vorhaben ist die Einführung einer vollkontinuierlichen Arbeitszeit neben Heraeus. Hier wurde aus Gründen von Lärmschutzparametern der Hinweis gegeben, dass ein Abstand von 120 – 130 m zur Wohnbebauung zu beachten ist. Im OT Bobbau wurde im Muldepark der Austausch von Werbeanlagen beantragt. - zugestimmt Weiterhin wurde eine Standortänderung einer schon einmal beantragten Plakatanschlagtafel in der Dorfstraße des OT Bobbau beantragt. Der erste Antrag wurde abgelehnt, da es sich um ein gemeindliches Grundstück gehandelt hat. Der zweite Antrag hat nun einen anderen Standort als Inhalt, d. h. die Tafel soll hinter dem Zaun aufgestellt werden. Jedoch werden hierdurch die gleichen ungewollten Beeinträchtigungen des Ortsbildes ausgelöst. Dieses Vorhaben soll, wenn das Einvernehmen von Herrn Ullmann vorliegt, abgelehnt werden. Die Errichtung einer zweiseitig beleuchteten Plakatanschlagtafel wurde am Standort der ehemaligen Mol-Tankstelle im OT Bitterfeld beantragt. - zugestimmt Der Anbau von Balkonanlagen und Dachgauben in der Mecklenburger Straße 5 im OT Bitterfeld wurden in Richtung Bitterfelder Bogen beantragt. - zugestimmt Im OT Holzweißig wurde die Festbebauung einer Werkstatt zur privaten Nutzung, nicht im gewerblichen Sinn, beantragt. - zugestimmt Beantragt wurde die Errichtung einer doppelseitigen Plakatanschlagtafel in der Wittenberger Straße des OT Bitterfeld. - zugestimmt Es wurde das Anbringen von mehreren Werbeanlagen in der Walther-Rathenau-Straße 59 im OT Bitterfeld beantragt, wobei der Nutzungsänderungsantrag hierfür bereits genehmigt wurde. – zugestimmt. Die Errichtung eines Einfamilienhauses in der Straße des Friedens im OT Holzweißig wurde beantragt. – zugestimmt Im Bernsteinring im OT Bitterfeld wurde der Bau eines Einfamilienhauses im traditionellen Sinn mit Weindach beantragt. - zugestimmt</p> <p>Er erklärt, dass einige Vorhaben aufgrund der Dringlichkeit <i>im Vorfeld entschieden</i> werden mussten und führt diese nun an. Dies war die Beantragung der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach unseres zukünftigen Rathauses 041, und zwar auf den Seitenflügeln. Weiter wurde über die Errichtung eines Einfamilienhauses in der Siedlung Süd des OT Holzweißig bestätigt. Die Sanierung der Sporthalle im OT Greppin und auch der Neubau des Feuerwehrgerechtheuses in Reuden wurden behandelt und genehmigt. Die Beschriftung der südlichen Gebäudefassade in der Bahnhofstraße 24 im OT Bitterfeld wurde bestätigt. In der Karl-Liebknecht-Straße im OT Greppin ist ein geringfügiger An- und Umbau an einem Wohnhaus vorgesehen und wurde auch genehmigt; ebenso die Erweiterung eines Wohnhauses im Drosselweg 8 im OT Wolfen. Es erfolgte weiterhin eine Abbruchanzeige in der Parsevalstraße 8 im OT Bitterfeld. Eine Genehmigungsfreistellung für den Bau eines Einfamilienhauses in der Leipziger Straße durch den Investor, welcher die Wohnbausiedlung erschlossen</p>	
--	--

	hat, wurde erteilt.	
<b>zu 10</b>	<b>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</b>	
	<p><b>Herr Hermann</b> teilt mit, dass die Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes fristgerecht eingereicht wird. Damit liegt sie für die Verhandlungen des Bau- und Vergabeausschusses am 09.12.2009 und für den Stadtrat am 16.12.2009 bereit. Er möchte im Vorfeld darauf hinweisen, dass bereits die Änderungen zum 1. Entwurf übernommen bzw. berücksichtigt wurden. Es gibt jedoch weitere vier Punkte auf die gesondert hingewiesen werden muss und wozu die Ansichten dargelegt werden sollten. Das Land geht nicht von der Vorschrift ab, dass in Mittel- bzw. Grundzentren "Zentrale Orte" zu bilden sind. Jedoch ist jetzt nicht mehr das Land für die Definition zuständig, sondern die regionalen Planungsgemeinschaften. Bei einer Beratung des Städte- und Gemeindebundes wurde mitgeteilt, dass dies einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit darstellt; dies ist so nicht hinnehmbar. Diese Meinung wurde durch die Stadtverwaltung bereits bei der Änderung im 1. Entwurf vertreten.</p> <p>Einen zweiten Punkt stellt immer noch die Tatsache dar, dass das Land Sachsen-Anhalt in der Betrachtung der Verdichtungsräume und den ländlichen Räumen keine Zwischenabschnitte macht. Jedoch wird dies aus Sicht des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung ganz anders dargestellt. Hier gibt es sehr wohl Zwischenbetrachtungen, wie z. B. die Formulierung des Verdichtungsraumes Mitteldeutschland. Im Rahmen der Metropolregion Sachsen-Anhalt wird als Verdichtungsraum jedoch nur Magdeburg und Halle aufgeführt. Der gesamte andere Rahmen wird somit als ländlicher Rahmen bezeichnet. Herr Hermann teilt mit, dass die Verwaltung noch einmal darauf verweisen wird, dass im Landesentwicklungsplan die entsprechend gängigen Zwischenbetrachtungen der Raumordnung mit aufzuführen sind.</p> <p><b>Der Ausschussvorsitzende</b> möchte wissen, welche Konsequenzen für die Stadt entstehen, wenn man die Region genauso wie in der Raumordnung ausgewiesen betrachtet?</p> <p><b>Herr Hermann</b> erläutert hierzu, dass ländlicher Raum keine Verdichtung bedeutet. Das heißt nicht, dass man hier einen Dorfcharakter hat aber keine Zentrale Struktur. Diese Aussage kann so nicht stehengelassen werden. Den dritten Punkt stellt die Wirtschaft dar. Es gibt hier eine Formulierung, dass das Land Sachsen-Anhalt neben den bereits 22 ausgewiesenen vorrangigen Standorten der Industrie mit übergeordneter strategischer Bedeutung weitere 6 festlegen möchte. Die Stadtverwaltung gibt hier den Hinweis, im 2. Entwurf zu prüfen, ob diese Erweiterung auch tatsächlich stattfinden soll oder eine Reduzierung erfolgen kann, zumal es immer noch das Konfliktpotenzial bei den Schutzgütern Mensch und Boden gibt.</p> <p>Der vierte Punkt, auf den in der Stellungnahme zum 2. Entwurf hingewiesen wird ist, dass das Vorbehaltsgebiet Goitzsche immer noch nicht zu der touristischen Marke "Blaues Band" zugeordnet wurde. Weitere Änderungen gibt es nicht; nur einige formelle Hinweise.</p> <p><b>Herr Dr. Sendner</b> fragt, warum das Wasser auf dem Friedhof im OT Wolfen bereits am 20.11.2009 – also noch vor dem Totensonntag abgestellt wurde. An diesem Tag ist eine erhöhte Aktivität auf den Friedhöfen zu verzeichnen und auch die Wetterlage hat das Abstellen nicht erforderlich gemacht. Er bittet darum dies zu berücksichtigen.</p> <p>Weiterhin teilt Herr Dr. Sendner mit, dass es in Wolfen (Steinfurth) zahlreiche</p>	

	<p>Bäume gibt, die auf kommunalen Flächen stehen. Er lobt hier die Ausreichung von blauen Säcken durch die Stadt. Er bemängelt aber, dass das Laub auf den kommunalen Flächen nicht vollständig beseitigt wird und bei auftretendem Wind auch auf die anliegenden privaten Grundstücke geweht wird. Er bittet die Verwaltung diesen Sachverhalt zu prüfen.</p> <p><b>Herr Schenk</b> teilt mit, dass er mit dem derzeitigen städtebaulichen Bild von der Reudener Straße in Wolfen aus sehr unzufrieden ist. Der Bau- und Vergabeausschuss hatte einstimmig die Zustimmung erteilt, die Gasstation der Stadtwerke zu errichten. Der Schornstein lässt sich nun aber sehr schwierig in das städtebauliche Bild einordnen. Deshalb regt er an, zukünftig durch Computersimulationen aufzuzeigen, wie sich das jeweilige Objekt später in den Stadtteil einfügt. Die Darstellung soll dann aus verschiedenen Ansichten erfolgen. Der Bau- und Vergabeausschuss stimmt dieser Regelung einstimmig zu.</p> <p><b>Ausschussmitglied Müller</b> kritisiert den Zustand im John-Schehr-Saal. Die Baumaßnahmen sind hier fortgeschritten, jedoch hat die bauausführende Firma bei ihren Maurer- und Stemmarbeiten nicht bedacht, u. a. das Mobiliar im Saal abzukleben. Der komplette Saal ist verschmutzt. Fraglich ist nun, wer für die nun notwendige Grundreinigung aufkommen soll und warum der zuständige Mitarbeiter der Verwaltung keine Bauüberwachung durchgeführt hat.</p> <p><b>Herr Gärtner</b>, Mitarbeiter der Verwaltung, bestätigt, dass Herr Grünewald täglich vor Ort war.</p> <p><b>Herr Müller</b> möchte außerdem wissen, wie der Sachstand zur Salegaster Chaussee ist.</p> <p><b>Herr Hermann</b> regt an, dies als Tagesordnungspunkt in die nächste Bau- und Vergabeausschusssitzung aufzunehmen, da es sich um ein sehr umfassendes Thema handelt. Diesem Vorschlag stimmt der Ausschussvorsitzende zu.</p>	
<b>zu 11</b>	<b>Schließung des öffentlichen Teils</b>	
	<p><b>Herr Schenk</b> schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:25 Uhr und lässt die Nichtöffentlichkeit herstellen.</p>	

gez.  
Armin Schenk  
Ausschussvorsitzender

gez.  
Manuela Zimmermann  
Protokollantin